



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 13.06.2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**                      **2. Bauabschnitt Eberhardstraße**  
**Besichtigung der Musterflächen bei der katholischen**  
**Kirche**

---

**Beratungsverlauf:**

Die Besichtigung ist erfolgt.

**TOP 2**                      **2. Bauabschnitt Eberhardstraße**                      **Vorl.Nr. 200/13**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2013**

---

**Beratungsverlauf:**

Einleitend erinnert BM **Schmid** an die erfolgte Besichtigung (Tagesordnungspunkt 1) und an den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2013, Vorl. Nr. 200/13.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) schildert kurz das bisherige Verfahren und den weiteren Ablauf der Baumaßnahme Eberhardstraße.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet, dass die Ausschreibung gemäß des Gemeinderatsbeschlusses mit alternativen Materialien erfolgt sei. Im Juli 2013 sei der Bau- und Vergabebeschluss für die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und Gemeinderat vorgesehen. Im Juli müsse dann auch entschieden werden, welches Material verwendet werden solle. Im August könne dann mit den Bauarbeiten im unteren Teil der Eberhardstraße begonnen werden, welche bis zum Weihnachtsmarkt abgeschlossen seien. Die Arbeiten auf dem Platz um die katholische Kirche würden dann Anfang 2014 beginnen. Die Verwaltung müsse zunächst klären, ob gebrauchtes Muschelkalkpflaster verfügbar sei. Die Fahrflächen könnten auch mit gebrauchtem Granitpflaster ausgestattet werden.

Stadtrat **Noz** erklärt zum Antrag seiner Fraktion, dass dieser lediglich einen Bericht zum aktuellen Sachstand gefordert habe. Er betont, dass dies der letzte Platz in der Stadt mit zusammenhängendem Muschelkalk sei. Den Vorschlag, dass die Verwaltung beauftragt werde, nach Muschelkalk zu suchen und anschließend der Gemeinderat über einen Aufkauf entschieden werde, könne er befürworten.

Stadträtin **Liepins** ist nach der Besichtigung der Meinung, dass Granit auf den Fahrflächen sinnvoll sei.

Stadtrat **Lettrari** spricht sich dafür aus, keinen neuen Muschelkalk zu kaufen und nur den bereits vorhandenen Muschelkalk weiterzuverwenden.

Für Stadtrat **Glasbrenner** sei auch eine Mischfläche möglich. Allerdings könne er sich nicht vorstellen, dass das Straßenstück auf der Ostseite in Muschelkalk oder ähnlichem gestaltet werde.

Stadtrat **Dr. Jordan** sei mit einer Mischflächen mit Wiederverwendung des vorhandenen Muschelkalks und Ergänzung in Granit einverstanden.

Stadträtin **Steinwand** vertritt den Standpunkt dass in der Eberhardstraße kein Muschelkalk verlegt werden sollte, solange diese für den PKW-Verkehr freigegeben sei.

BM **Schmid** schlägt vor, dass die Verwaltung bzw. die Arbeitsgemeinschaft Dipl.-Ing. Volker Rosenstiel die Verfügbarkeit und den Preis von Muschelkalk anfragen solle. Die Entscheidung, welches Material verwendet und ob Muschelkalk gekauft werden solle, werde anschließend durch die gemeinderätlichen Gremien getroffen.

Das Gremium erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2013, Vorl. Nr. 200/13, ist damit erledigt.

<b>TOP 3</b>	<b>Erneuerung der Marktplatzbepflanzung (Bäume) - Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Stadträten Burkhardt (LUBU) und Kemmerle (Die Linke) vom 03.05.2013</b>	<b>Vorl.Nr. 127/13</b>
--------------	---	------------------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Stadträtin **Steinwand** begründet einleitend den gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Stadträten Burkhardt (LUBU) und Kemmerle (Die Linke) vom 03.05.2013, Vorl. Nr. 127/13. Die vorhandenen Bäume seien ungleich und würden teilweise die Fassaden verdecken. Diese Bepflanzung werde der historischen Bedeutung des barocken Marktplatzes nicht gerecht.

Stadträtin **Burkhardt** ergänzt, dass ihrer Meinung nach die vorhandenen Bäume nach und nach ersetzt werden sollten. Eventuell könnten auf dem Markplatz auch historische Baumarten wie Kastanien oder Linden angepflanzt werden. Sie weist darauf hin, dass eine Begrünung auf dem Marktplatz von der Bevölkerung positiv gesehen werde.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) legt dar, dass in den Jahren 1990 bis 1992 lange Diskussionen über den Marktplatz und dessen Begrünung geführt worden seien. Der Gemeinderat habe damals beschlossen, kleinkronige Bäume vor den Arkaden anzupflanzen. Ein komplett neues Konzept sei mit hohen Kosten verbunden, da hierfür erhebliche Änderungen im Untergrund notwendig seien. Da es einige Bäume gebe, die zu groß seien und die Arkaden noch sichtbar sein sollten, schlage die Verwaltung vor, die Bäume im Laufe der nächsten Jahre anzugleichen. Bereits seit 2010 schneide die Verwaltung Bäume zurück bzw. erneuere die Bäume, die nicht mehr zurückgeschnitten werden können.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass nach Diskussionen im Jahr 2002/03 beschlossen worden sei, die Bäume beizubehalten.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass seine Fraktion keine grundsätzliche Änderung wünsche. Die vorgeschlagene Angleichung könne er aber befürworten.

Stadträtin **Liepins** schließt sich ihrem Vorredner an und spricht sich für einen allmählichen Austausch bzw. regelmäßiges Nachschneiden der Bäume aus.

BM **Schmid** fasst die Wortmeldungen des Gremiums dahingehend zusammen, dass die Mehrheit einen Erhalt der bisherigen Baumarten wünsche.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Steinwand** erläutert Herr **Kohler**, dass er eine neue Baumart, auch aus Kostengründen, nicht empfehlen könne. Große Topfpflanzen seien, z. B. aufgrund der Überwinterung, schwierig und mit erheblichem Aufwand verbunden.

Stadträtin **Burkhardt** plädiert dafür, dass die Verwaltung nochmals Überlegungen bezüglich einer Verbesserung der Begrünung durchführen solle.

Der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie den Stadträten Burkhardt (LUBU) und Kemmerle (Die Linke) vom 03.05.2013, Vorl. Nr. 127/13, ist erledigt.

<b>TOP 4</b>	<b>Flächennutzungsplanänderung Nr. 27 "Mäurach" in Ludwigsburg-Eglosheim</b> <b>- Einleitungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</b> <b>- Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB (Vorberatung)</b>	<b>Vorl.Nr. 172/13</b>
--------------	---	------------------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert daran, dass das Bauvorhaben von XXXL Mann Mobilia bereits dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und dem Stadtteilausschuss Eglosheim vorgestellt worden sei. Weiter geht er auf die vorgeschlagene Flächennutzungsplanänderung (Vorl. Nr. 172/13) und den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Mäurach“ (Vorl. Nr. 147/13) ein. Außerdem erläutert er die unterschiedlichen Planinhalte, welche die Bereiche Wirtschaftsförderung, Grünflächen und Wohnen umfasse. Eine Verlagerung des Schützenvereins sei nach heutigem Stand möglich. Das Autohaus Mäurach befinde sich auf einem Grundstück der Stadt, dessen Pachtvertrag auslaufe. Die Wirtschaftsförderung suche bereits nach Alternativstandorten. Analog zum Bebauungsplan „Mäurach“ solle auch der Flächennutzungsplan „Mäurach“ geändert werden.

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt klar, dass das Bauvorhaben auch aus Aspekten der Wirtschaftsförderung befürwortet werde.

Herr **Fleischer** (HEINZ + FEIER GmbH) schildert anhand einer Präsentation und verschiedener Simulationen die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens. Durch die Erweiterung von MANN MOBILIA erhöhe sich die Anzahl der Kfz-Fahrten von 1.000 auf ca. 2.040 pro durchschnittlichem Normalwerktag. In der Spitzenstunde am Nachmittag steige die Anzahl der Zu- und Abfahrten von rund 60 auf 120. Außerdem erläutert er die jetzige Erschließung und die geplante zusätzliche

Anbindung über Mäurach. Weiter geht Herr Fleischer auf die Leistungsfähigkeitsberechnung der drei Knotenpunkte ein. Zusammenfassend komme das Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Knotenpunkte auch durch die Erweiterung leistungsfähig blieben. Es seien allerdings geringfügige Anpassungen der Signalsteuerung erforderlich. Er empfehle, die Querung für Fußgänger und Radfahrer über die Straße Mäurach zu sichern. Der Abfluss vom Knotenpunkt müsse behinderungsfrei erfolgen und dürfe nicht z. B. aufgrund einer Schranke am Parkhaus verzögert werden. Darüber hinaus sei eine Ergänzung der Wegweisung sinnvoll. Optional könne noch die Linksabbiegerspur aus Richtung Norden verlängert werden, was aber in der Berechnung nicht berücksichtigt worden sei. Weitere optionale Maßnahmen seien die Errichtung eines zusätzlichen Fahrstreifen für die Rechtsabbieger die aus Richtung Innenstadt kommen und in die Mäurach abbiegen möchten sowie der Bau eines zweiten Fahrstreifen für die Fahrzeuge, die das Möbelhaus verlassen um je einen Fahrstreifen für Rechts- und Linksabbieger anzubieten.

Stadtrat **Noz** ist der Meinung, dass die vorgestellte Simulation im Berufsverkehr nicht funktioniere. Er halte vor allem die Fahrzeuge, die das Möbelhaus verlassen und nach links abbiegen möchten für problematisch, da diese in den Rückstau gelangen könnten. Seine Fraktion könne eine Erweiterung von MANN MOBILIA grundsätzlich begrüßen, habe allerdings Bedenken bezüglich der Verkehrssituation. Eine Erschließung über die Straße Mäurach sei in Ordnung, sofern von der B 27 nur rechts in die Straße Mäurach eingefahren und von der Straße Mäurach auf die B 27 nur nach rechts ausgefahren werden könne. Außerdem sollten diese Abbiegevorgänge durch eine Einfädelspur unterstützt werden, sodass auch keine Ampel erforderlich sei. Er bemängelt, dass die Mitglieder des Gremiums das Verkehrsgutachten nicht vor der Sitzung erhalten hätten. Weiter spricht er sich für eine attraktive Gestaltung des Außenbereichs aus. Abschließend weist er darauf hin, dass an der Einmündung B 27/Mäurach der Beginn des B 27-Tunnels vorgesehen sei.

Herr **G. Bauer** (Stadtteilausschuss Eglosheim) erklärt, dass der Stadtteilausschuss der Meinung sei, dass eine Erschließung über die Straße Mäurach nur erfolgen solle, wenn von der B 27 nur rechts in die Straße Mäurach eingefahren und von der Straße Mäurach auf die B 27 nur nach rechts ausgefahren werden könne.

Herr **Röpert** (XXXL Lutz) betont, dass die von Herrn Fleischer vorgestellte neue Verkehrssituation mit einer zusätzlichen Anbindung an die B 27 / Frankfurter Straße die einzige Lösung sei, die für sein Unternehmen tragbar sei. Der Vorschlag, von der B 27 nur rechts in die Straße Mäurach einzufahren und von der Straße Mäurach auf die B 27 nur nach rechts auszufahren, sei nicht umsetzbar.

Herr **Biller** (Rossmann + Partner, Freie Architekten) informiert, dass nach der Erweiterung vermutlich rund 400 Stellplätze erforderlich seien. Die derzeitige Parkplatzsituation sei nicht optimal. Die Anlieferung solle auf die Rückseite des Gebäudes verlegt werden.

Bezug nehmend auf den Hinweis von Stadtrat **Noz** stellt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) klar, dass die Ein- und Ausfahrt des B 27-Tunnels etwas mehr in Richtung Eglosheim vorgesehen sei.

Stadtrat **Griesmaier** führt aus, dass eine Änderung des Flächennutzungsplans sicher notwendig sei und seine Fraktion dieser Änderung vermutlich zustimmen könne. Die geplante Erweiterung von MANN MOBILIA stelle eine wesentliche Vergrößerung des Möbelhauses und des Gewerbegebiets dar. Die auf Seite 4 der Vorl. Nr. 147/13 genannten Ziele könnten auch ohne eine Erweiterung des Möbelhauses umgesetzt werden. Er kritisiert, dass XXXL die Erweiterung unter der Voraussetzung geplant habe, dass eine zusätzliche Erschließung über die B 27 erfolge, obwohl dies noch nicht sicher sei. Er unterstreicht, dass die Mäurach-Querspange und die Monreposstraße wie bisher als Erschließung ausreichen müssten. Eine Einfahrt von der B 27 nach links in die Straße Mäurach bzw. eine Ausfahrt von der Straße Mäurach nach links auf die B 27 komme nicht in Frage.

Stadtrat **Glasbrenner** bemängelt, dass die Verkehrsermittlung, die die Grundlage für das

Gutachten sei, lediglich an einem Tag durchgeführt worden sei. Auf der B 27 gebe es in Spitzenzeiten bereits jetzt sehr große verkehrliche Probleme. Seine Fraktion könne verstehen, dass das Möbelhaus wettbewerbsfähig bleiben müsse und könne der Erweiterung grundsätzlich zustimmen. Allerdings müsse nochmals über die verkehrliche Lösung und die Erschließung diskutiert werden.

Stadtrat **Gericke** weist darauf hin, dass eine Abbiegespur um rechts von der B 27 in die Straße Mäurach rein bzw. raus zu fahren, bereits vorhanden sei. Er bemängelt, dass der Radverkehr durch diese Maßnahme verschlechtert werde. Eine Neuordnung des gesamten Gebiets mit einer Sicherung der Grünflächen sei erforderlich. Er bittet darum, die in der Vorl. Nr. 147/13 erwähnte faunistische Erhebung im weiteren Verfahren vorzustellen. Abschließend unterstreicht er, dass die Planungskosten vom Vorhabenträger getragen werden müssten.

Stadtrat **Dr. Jordan** spricht sich grundsätzlich für eine Erweiterung des Möbelhauses aus. Er ist der Meinung, dass nach der Eröffnungsphase nicht mehr Verkehr auf der B 27 herrsche. Außerdem sei bei einer Konzeptveränderung zu einem Möbeldiscounter gleich viel Verkehr vorhanden. Er halte die direkte Anbindung an die B 27 für problematisch und spricht sich für eine nochmalige Diskussion über die Verkehrssituation aus. Die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens entsprächen zudem nicht der Realität.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, dass die Beschlussfassung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nicht einstimmig erfolgt sei. Sie kritisiert die nicht nachvollziehbare Vorgehensweise, den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan im Parallelverfahren zu ändern. Sie betont, dass die beiden Anträge, Vorl. Nr. 461/12 und 476/12, nicht von der LUBU, sondern von LUBU/Die Linke gestellt worden seien. Das erwähnte Einzelhandelskonzept der GMA sei nie beschlossen worden. Der Arbeitskreis Ökologie fordere schon seit langem, dass ein Bericht über die Umweltauswirkungen der geplanten Maßnahmen Teil des Aufstellungsbeschlusses sein solle. Weiter kritisiert sie, dass das Ergebnis der faunistischen Erhebung dem Gemeinderat nicht mitgeteilt worden sei. Darüber hinaus würden die Vorlagen keinen Hinweis auf die im Jahr 1997 festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen enthalten. Der Antrag Vorl. Nr. 476/12 sei darauf ausgerichtet gewesen, einen Abwägungsprozess mit Berücksichtigung aller Interessen anzustoßen. Aufgrund der vielen offenen Fragen könne sie den beiden Vorlagen nicht zustimmen.

Herr **Kurt** schildert, dass die Planungen aus Kostengründen erst weitergeführt werden sollten, wenn ein Konsens hinsichtlich einer verkehrlichen Lösung bestehe. Solange die Verkehrserschließung nicht geklärt sei, sei die Fassung eines Aufstellungsbeschlusses nicht sinnvoll. Außerdem sagt er auf Nachfrage von Stadtrat **Gericke** zu, dass im Rahmen des weiteren Verfahrens ein Umweltbericht erstellt und vorgestellt werde.

Herr **Fleischer** bringt vor, dass der Vorschlag von der B 27 nur rechts in die Straße Mäurach einzufahren bzw. von der Straße Mäurach auf die B 27 nur nach rechts auszufahren nicht empfehlenswert sei. Der Verkehr auf der B 27 würde auch zunehmen, wenn die Erschließung weiter über die Monreposstraße erfolge.

Aufgrund der Beratung schlägt BM **Schmid** vor, heute nicht über die Vorlagen Nr. 172/13 und 147/13 abzustimmen. Die beiden Tagesordnungspunkte sollen in der Sitzung des Gemeinderats am 26.06.2013 nochmals beraten und abgestimmt werden. Davor werde die Verwaltung den Mitgliedern des Gemeinderats die vorgestellten Ergebnisse des Verkehrsgutachtens zur Verfügung stellen. Außerdem werde die Verwaltung mit den Vertretern von Mann Mobilia bzw. mit Herrn Fleischer abklären, ob eine Signalisierungsdauer von 5 Sekunden ausreiche.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt äußern einmütig ihre Zustimmung zu diesem weiteren Vorgehen.





der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe, welche umweltbezogenen Informationen zur Verfügung stehen, sowie der zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) stellt unter Verweis auf die Informationsvorlage Nr. 174/13 und die Beschlussvorlage Nr. 179/13 das Planungskonzept zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Firma Weinmüller“ vor.

Stadtrat **Lutz** stellt fest, dass der Gemeinderat dem Bebauungsplan grundsätzlich bereits zugestimmt habe. Er erkundigt sich danach, ob durch die vom Regierungspräsidium geforderte Linksabbiegespur höhere Kosten entstehen würden. Durch die neue Erschließung steige der Wert des Grundstücks. Deshalb wünsche er sich eine Absicherung für die Stadt in Form eines Rückkaufrechtes.

Stadtrat **Griesmaier** erinnert daran, dass die Konzeption zur Erschließung des Gebiets Hundshalde anders geplant worden sei. Da durch die Zu- und Abfahrt der Grundstückswert erhöht werde, müsse die Widerruflichkeit festgelegt werden. Er spricht sich gegen die separate Linksabbiegespur aus, da er deren Notwendigkeit nicht nachvollziehen könne.

Stadtrat **Glasbrenner** könne die geplante Bauhöhe akzeptieren. Statt der geforderten Linksabbiegespur wäre es sinnvoller und kostengünstiger, weiter vorne eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h festzulegen. Er ist der Meinung, dass der Aufwand für eine Linksabbiegespur angesichts des erwarteten Fahrzeugaufkommens zu hoch sei.

Stadtrat **Gericke** befürwortet das geplante Bauvorhaben der Firma Weinmüller und plädiert für die Einhaltung des Pflanzgebotes. Außerdem solle eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h eingeführt werden und die Übernahme der entstehenden Kosten durch den Bauherren garantiert sein.

Stadtrat **Dr. Jordan** spricht sich ebenfalls zustimmend bezüglich einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h aus. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, auch im Namen von Stadtrat Kemmerle, dass sie den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ablehne. Das Gewerbegebiet Hundshalde sei für die Ansiedlung mittelständischer Betriebe entwickelt worden. Die Ausfahrt zur Markgröninger Straße mit Linksabbiegespur sei ihre Meinung nach nicht sinnvoll. Die Firma Weinmüller passe besser in ein Industriegebiet mit direktem Autobahnanschluss. Darüber hinaus habe der Stadtteil Eglosheim bereits derzeit erhebliche Probleme aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens. Sie interessiert sich dafür, ob Untersuchungen zu den zusätzlichen Lärm- und Luftbelastungen durch den Schwerlastverkehr durchgeführt worden seien.

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt zu, dass festgelegt werde, dass der Bauherr die Kosten für die Zufahrt und die Linksabbiegespur trage. Außerdem werde in den Kaufvertrag ein Rückkaufrecht des unbebauten Grundstücks für die Stadt aufgenommen. Das Regierungspräsidium habe klar festgelegt, dass bei einer Ausfahrtsituation an dieser Stelle eine Linksabbiegespur erforderlich sei.

Herr **G. Bauer** (Stadtteilausschuss Eglosheim) führt aus, dass der Stadtteilausschuss das Bauvorhaben mittragen könne. Allerdings befürworte er auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h. Bezüglich der direkten Zufahrt über die Markgröninger Straße gibt er zu bedenken, dass eventuell auch weitere Firmen diesen Wunsch äußern könnten.

BM **Schmid** fasst die Wortmeldungen des Gremiums dahin gehend zusammenfassend, dass die Stadtverwaltung nochmals mit dem Regierungspräsidium abklären solle, ob auf die Linksabbiegespur verzichtet werden könne. Vorerst bleibe die Linksabbiegespur im Planungskonzept zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan enthalten. Außerdem soll eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h im Bereich der Einmündung geprüft werden. Sodann lässt BM Schmid über die Vorl. Nr. 179/13 abstimmen.

**TOP 8**

**Sanierung Robert-Mayer-Straße  
- Bau- und Vergabebeschluss**

**Vorl.Nr. 190/13**

---

**Beschluss:**

**Baubeschluss**

Die Robert-Mayer-Straße zwischen der Daimlerstraße und der Carl-Goerdeler-Straße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen instandgesetzt.

**Die Gesamtkosten (brutto) in Höhe von 185.000,-- € werden genehmigt.**

**Vergabebeschluss**

Die Firma Klöpfer GmbH & Co. KG, Talaue 5, 71364 Winnenden, erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 07.05.2013 den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten für die Sanierung der Robert-Mayer-Straße zwischen der Daimlerstraße und der Carl-Goerdeler-Straße.

**Die Vergabesumme beträgt 180.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.**

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 13.06.2013

## **Beratungsverlauf:**

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, ruft BM Schmid die Vorl. Nr. 190/13 zur Abstimmung auf.

**TOP 9**

**Feldwegprogramm 2013**

**Vorl.Nr. 198/13**

---

## **Beschluss:**

### **Baubeschluss**

**Das Feldwegprogramm 2013 wird entsprechend dem der Vorl. Nr. 198/13 beigefügten Übersichtslageplan mit einem Kostenaufwand von 130.000,-- € genehmigt.**

### **Vergabebeschluss**

Der Auftrag für den Ausbau von Feldwegen entsprechend dem Feldwegprogramm 2013 wird an die Firma Lukas Gläser GmbH, Backnanger Straße 66, 71546 Aspach, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 07.05.2013 erteilt.

**Die Vergabesumme beträgt 115.000,-- € inklusive Mehrwertsteuer und Unvorhergesehenes.**

Zur Finanzierung der oben genannten Maßnahme stehen im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt des Haushaltsplanes 2013 Mittel in den Finanzpositionen 1.7800.5110.000 „Feldwegunterhaltung“ sowie 2.7800.9640.000-0002 „Neu- und Umbau von Feldwegen“ zur Verfügung.

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

## **Beratungsverlauf:**

Das Gremium verzichtet einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums bestätigt Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen), dass das vorgeschlagene Feldwegprogramm 2013 keine Neuasphaltierungen enthalte. Die beiden Feldwege im Bereich des Stadtteils Hoheneck würden eine wichtige Radwegeverbindung darstellen und seien teilweise in einem sehr schlechten Zustand.

Sodann ruft BM Schmid zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 198/13 auf.

**TOP 10**

**Kulturzentrum Ludwigsburg - Erweiterung der  
Stadtbibliothek und Integration des Wissenszentrums  
Energie, Wilhelmstraße 9/1  
- Entwurfsbeschluss und Baubeschluss 2.  
Bauabschnitt  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 136/13**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 136/13 wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Liepins

Ja 4 Nein 6 Enthaltung 3

**Beratungsverlauf:**

Herr **Weisser** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 136/13 den Entwurfs- und Baubeschluss des zweiten Bauabschnitts für das Kulturzentrum vor. Außerdem geht er auf das bisherige Verfahren ein.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht ergänzend auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2013, Vorl. Nr. 120/13, ein. Eine Rampe sei zwar möglich, aber mit sehr hohen Kosten und einem hohen Flächenverlust verbunden. Deswegen habe man sich nun für einen Hublift entschieden, der bereits in die Planungen integriert worden sei. Außerdem sei die Beleuchtung im Foyerbereich sowie die Planungen für die WC-Anlage überarbeitet worden. Weiter veranschaulicht sie die Planungen für das Kulturzentrum anhand des Grundrisses, der Flächenübersicht und der Kostenberechnung.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Lutz** erklärt Herr **Weisser**, dass der Zuschuss von der LEA noch nicht einberechnet sei.

Außerdem bemängelt Stadtrat **Lutz**, dass die Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten in Zuständigkeit der Verwaltung vergeben werden solle.

Darauf hin schlägt BM **Schmid** zu, dass die Verwaltung in der Sitzung des Gemeinderats am 26.06.2013 die ungeprüften Submissionsergebnisse vorstellen könne.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass die Kostensteigerungen nicht ganz nachvollziehbar seien und befürchtet, dass noch zusätzliche Kostenerhöhungen zu erwarten seien. Seine Fraktion habe sich seitens der Verwaltung Einsparvorschläge gewünscht und werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Stadtrat **Griesmaier** vertritt den Standpunkt, dass die nicht nachvollziehbaren Kostensteigerungen reduziert werden sollten. In Anbetracht der dieser erheblichen Erhöhung der Kosten falle es seiner Fraktion schwer, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

BM **Schmid** weist darauf hin, dass bisher lediglich eine Kostenschätzung vorgelegen habe.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus, dass dieser Vorschlag keine zukunftsfähige Lösung für Bücherei und Energetikom darstelle, da die Kosten zu hoch seien und nicht der Bedeutung der beiden Einrichtungen entspräche. Weiter erinnert sie an den Antrag Vorl. Nr. 119/13. Sie könne der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass er grundsätzlich gegen das Bauvorhaben sei, da dieses lediglich eine Notmaßnahme sei und es andere wichtigere Projekte gebe. Deswegen werde er sich enthalten.

Abschließend lässt BM **Schmid** über den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 136/13 abstimmen.